

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 88 (1994)
Heft: 1

Artikel: Brief aus dem Nationalrat : Feindbild Umweltschutz
Autor: Leemann, Ursula
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143811>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Feindbild Umweltschutz

Am Frühstückstisch unterhielt ich mich mit einem CVP-Kollegen, den ich recht gut mag und der nicht zum Wirtschaftsflügel und zu den Hardlinern seiner Partei gehört. Ich gab meiner Wut und Enttäuschung Ausdruck über das, was am Vortag beim Natur- und Heimatschutzgesetz geschehen war. Der Nationalrat hatte wie befürchtet der Kommissionsmehrheit zugestimmt und das Beschwerderecht für Natur- und Umweltschutzorganisationen massiv beschränkt. Eher unerwartet war überdies ein Einzelantrag angenommen worden, der bei Werken von öffentlichem Interesse das Beschwerderecht überhaupt aufhebt.

Beschränkung des Beschwerderechts für die Natur

Das Gespräch verlief wenig erfreulich. «Die» – gemeint waren die Umweltschützer – «sind einfach immer gegen alles. Es ist überhaupt nicht mehr möglich, irgend etwas zu machen. Alles und jedes wird blockiert, so geht es nicht mehr weiter.» Und schliesslich: «Ich bin auch für den Umweltschutz. Aber mit der Sache haben die Beschwerden überhaupt nichts zu tun. Diese Umweltschützer sind gegen alles, sie sind einfach absolut sture Ideologen.» Als ich mein Gegenüber fragte, wie denn zu erklären sei, dass das *Bundesgericht* bis heute 60 Prozent der Verbandsbeschwerden gutgeheissen hat, blieb es eine Zeitlang still. Dann kam zögernd und mit einem Achselzucken die Antwort: «Tja, Bundesrichter sind halt manchmal auch Ideologen.»

Den Einzelantrag konnten wir aus Zeitgründen nicht mehr diskutieren, obwohl ich dies gerne getan hätte. Ob sich die Mehrheit des Nationalrats beim Abstimmen bewusst war, dass sie damit auch beispielsweise den *Gemeinden* jede Möglich-

keit genommen hat, sich gegen Projekte des Bundes zu wehren, ist keineswegs klar. Und gerade bei den bewusst auf ihre Eigenständigkeit pochenden Kantonen, bei denen häufig ein Anti-Bern-Reflex mitspielt, hätte da ja eigentlich eine Alarmglocke läuten müssen. Mein Gesprächspartner ist Walliser.

Zu meiner Wut und meiner Enttäuschung gesellt sich im Grunde genommen auch Perplexität. Wie konnte es zu diesem unsäglichen Beschluss kommen? Den Anstoss zur Beschränkung des Beschwerderechts hatte ein *Walliser* gegeben, grundsätzlich konnte mich die Haltung meines Kollegen nicht erstaunen. Aber die Intensität seines Feindbildes traf mich doch stärker als erwartet; in dieser Art will es zu ihm trotz seiner Herkunft rational und emotional einfach nicht recht passen. Natürlich sind die Walliser bekannt dafür, dass sie sich gerade im Bereich Umwelt des öfteren souverän über eidgenössische Gesetze hinwegsetzen und zum Beispiel nichts dabei finden, illegal Wälder abzuholzen. Wer allzu unbequem wird, muss sogar damit rechnen, spitalreif geschlagen zu werden; der Fall eines WWF-Funktionsnärs ist nicht vergessen. Aber das sind ja die Symptome und nicht die Begründung. Die Situation als teilweise welscher Bergkanton, also mit einer ganz besonderen Mischung von Minderheitenproblemen, kann Anti-Bern-Reflexe erklären. Aber weshalb muss ausgerechnet die Natur in besonderem Masse büssen, woher kommt die mehr als gehässige Intoleranz gegen eine Minderheit in der Minderheit?

Nun besitzen die Walliser im Parlament natürlich keine Mehrheit, und es liegt mir fern, den Finger speziell gegen sie zu erheben. Die Fragen sind nicht nur an sie, sondern an den ganzen Rat zu richten. Ich brauche hier nicht im einzelnen auszufüh-

ren, wie viel von der Natur schon zerstört worden und wie gross die Gefährdung für die Zukunft ist. Es gibt genug unbestreitbare Tatsachen und harte Zahlen dazu; wer sie einfach nicht zur Kenntnis nehmen will, handelt blind oder verantwortungslos. Und das Beschwerderecht zugunsten der Natur wird von den Organisationen nachweislich nicht missbraucht. Die *geringe Zahl* von Verbandsbeschwerden kann ebensowenig geleugnet werden wie ihre *hohe Erfolgsrate*. Wie kommt es, dass sonst aufgeschlossene Menschen allen rationalen Argumenten gegenüber derart unzugänglich sind?

Eskalation der Feindbilder

Natürlich ist das Feindbild Umweltschutz nicht neu, von der *Autopartei* und den mit ihr sympathisierenden rechten Flügeln von FdP und SVP kennen wir es ja gerade im Kanton Zürich seit Jahren. Dreher beispielsweise pflegt von «Umweltgangstern» zu sprechen und meint damit nicht etwa diejenigen, die rücksichtslos und illegal Bäche verschmutzen, Wälder abholzen oder Moore zerstören. Im Rat kann er dank Immunität ungeniert solche Beschimpfungen austeilen, rechtliche Folgen riskiert er nicht. Ich will die AP wahrhaftig nicht verharmlosen; ihre Gefährlichkeit nehme ich durchaus ernst. Aber es ist wahrscheinlich der Primitivität der Anwürfe zuzuschreiben, dass sie mich zwar auf der politischen Ebene zornig machen, mich aber nicht in meinem Inneren zu treffen vermögen. Dazu gehört, nebenbei bemerkt, das andere Feindbild Drehers: die Linken. Er glaubt, uns mit der Bezeichnung *Sozialisten* statt *Sozialdemokraten* ärgern zu können. Mich lächert es, wenn er in theatralischer Pose das Wort «Sozialisten» so verächtlich wie möglich auszuspucken sucht. Die Bezeichnung lässt sich ja durchaus als Kompliment auffassen – auf einer bestimmten Ebene sind die Worte vergleichbar mit den Begriffen *Christ* versus *Mitglied einer christlichen Kirche*. Mit solch feineren Unterscheidungen von inhaltlich-moralischen und formalen Kri-

terien gibt sich die AP natürlich nicht ab.

Wenn nun aber die Mehrheit des Nationalrats die Aufhebung des Beschwerderechts beschliesst, trifft dies unsere Seite an einem äusserst kritischen Punkt. Es ist eine geradezu *fundamentalistische Haltung*, die hier gesiegt hat. Und leider ist es ja bei weitem nicht der einzige Bereich, in dem die bürgerlichen Positionen so einzustufen sind: Arbeitnehmerrechte, Deregulierung, Sparen, um nur einige Stichworte zu erwähnen. Dazu die hochgezüchteten Feindbilder, die den Aufbau der *Gegen-Feindbilder* provozieren und verstärken. Wie soll mit ihnen eine halbwegs konstruktive Politik noch möglich sein? Hans Steiger wird mich fragen: Aber das spürst Du doch nicht erst jetzt? Natürlich nicht, werde ich ihm sagen. Aber ich habe mich immer gegen das Überhandnehmen von Feindbildern in mir selber gewehrt, weil ich sie als zerstörerisch betrachte. Ob sich dies aufrechterhalten lässt, wieweit dies überhaupt noch sinnvoll ist, bin ich mir je länger desto weniger sicher. Insbesondere, wenn ich an das niederträchtige SVP-Feindbild der «Linken und Netten» mit seinen Assoziationen und Schuldzuweisungen denke. Mit ihm trägt die *Zürcher SVP* auf besonders verantwortungslose Weise dazu bei, die politische Kultur in diesem Lande zu zerstören. Wenn aus den politischen Gegnern einmal grundsätzlich Feinde geworden sind, ist nicht nur die Konkordanzdemokratie am Ende. Eine ganze einigermaßen auf Toleranz und Minderheitenschutz ausgerichtete demokratische Gesellschaftsordnung geht zugrunde.

Zum Schluss ein weiteres Paradoxon: Ich hoffe wieder einmal auf den *Ständerat*. Früher kritisierte ich ihn oft genug, weil sich in ihm kleinkariertem und rückständiger Föderalismus leicht manifestieren kann. Seit einiger Zeit aber muss ich eingestehen, dass in der kleinen Kammer Werte wie Rechtsstaatlichkeit und Vernunft besser aufgehoben sind als im Nationalrat. Es wäre schön, wenn sich dies hier ein weiteres Mal bewahrheiten würde. Auch wenn es mir um den Nationalrat leid tut.

Ursula Leemann